

Lang, Kai-Olaf

Research Report

Die Slowakei nach den Wahlen: Grünes Licht für die Fahrt nach Brüssel

SWP-Aktuell, No. 46/2002

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Lang, Kai-Olaf (2002) : Die Slowakei nach den Wahlen: Grünes Licht für die Fahrt nach Brüssel, SWP-Aktuell, No. 46/2002, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254403>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Slowakei nach den Wahlen

Grünes Licht für die Fahrt nach Brüssel

Kai-Olaf Lang

Die im September abgehaltenen Parlamentswahlen in der Slowakei brachten einen Sieg der rechten Mitte und eine Niederlage der populistischen Kräfte sowie der moderaten Linken. Durch die Wahlschlappe des international wie national diskreditierten Ex-Premiers Mečiar ist der letzte Stolperstein auf dem Weg der Slowakei in EU und NATO beseitigt. Das Regierungsbündnis des alten und neuen Regierungschefs Dzurinda verfügt zwar nur über eine knappe Mehrheit von drei Stimmen, ist aber inhaltlich-programmatisch kohärent. Die Ära des slowakischen »Gulaschnationalismus« ist offenbar definitiv vorüber, das Land unter der Tatra hat sich vom »politischen Balkan« gelöst. Nach außen wird dieser Prozeß durch die Erlangung von EU- und NATO-Mitgliedschaft abgeschlossen, nach innen wäre es wichtig, daß sich im Laufe der nächsten Jahre eine »loyale« und transparente Opposition herausbildet.

Bei den Wahlen zum Slowakischen Nationalrat vom 20. und 21. September wurde erstmals nach 1989 ein amtierender slowakischer Regierungschef im Amt bestätigt. Einige Parteien der alten Koalition mußten erhebliche Verluste hinnehmen. Während Dzurindas SDKÚ überraschend stark abschnitt, sich die konservativen Christdemokraten behaupteten und die Ungarn-Partei leicht zulegte, blieben die bisher mitregierenden Parteien der linken Mitte außen vor: die exkommunistische Linkspartei (SDL), die Sozialdemokratische Alternative (SDA), die einst vom jetzigen Staatspräsidenten Schuster gegründete SOP und die kleine Sozialdemokratie (SDSS). Vladimír Mečiar's HZDS erzielte das schlechteste Wahlergebnis ihrer Geschichte. Neu

im Slowakischen Nationalrat sind die moderat-populistische Smer, die liberale ANO und die kommunistische KSS (Wahlergebnisse und Parteienliste auf S. 2 und 3).

Sobald sich für die Parteien der rechten Mitte eine Mehrheit im neugewählten Parlament abzeichnete, beschlossen diese, eine Koalition zu bilden. Nachdem Mikuláš Dzurinda vom Staatspräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragt wurde, arbeiteten die vier Parteien eine Koalitionsvereinbarung aus, die bereits am 9. Oktober unterzeichnet wurde. Das Bündnis aus SDKÚ, SMK, KDĽ, ANO verfügt über eine Mehrheit von 78 der 150 Mandate.

Ergebnisse der Wahlen zum Slowakischen Nationalrat, September 2002

Partei	Stimmenanteil in %	Mandate (insgesamt 150)
.HZDS	19,50	36
SDKÚ	15,09	28
Smer	13,46	25
SMK	11,16	20
KDH	8,25	15
ANO	8,01	15
KSS	6,32	11
andere	18,21	–

Siegreiche SDKÚ

Kaum jemand hatte damit gerechnet, daß die *Slowakische Christlich-Demokratische Union* (SDKÚ) des alten und neuen Premierministers Dzurinda 15% der Stimmen erringen und zur zweitstärksten Kraft werden könnte. Als »Partei der Macht« und »Ministerversammlung« am intensivsten mit der unpopulären Politik der Regierung identifiziert, zog die SDKÚ lange Zeit die Unzufriedenheit der slowakischen Stimmbürger vorrangig auf sich. Da mehrere SDKÚ-Politiker in Korruptionsskandalen verwickelt waren, sank die Partei in den Umfragen phasenweise auf 6–7% ab. Durch einen professionellen Wahlkampf und eine gekonnte Inszenierung der Parteispitze vermochte sie aber an Beliebtheit zuzulegen. Die SDKÚ und Premier Dzurinda wurden zum Magneten für die europäisch gesinnten und modernisierungsorientierten Teile der slowakischen Gesellschaft, für die es auch keine reale Alternative gab: Smer und ANO stellten unbekannte Größen dar, die christdemokratische KDH war zu traditionalistisch.

Gestärkte Ungarn

Die *Partei der Ungarischen Koalition* (SMK) gewann trotz geringerer Wahlbeteiligung rund 15 000 Stimmen hinzu und konnte ihren Stimmenanteil um 2% auf 11,2% ausweiten. Für die ungarische Minderheit erwies sie sich als effiziente und einzige Interessenwahrerin, auch wenn sie einige

ihrer Kernforderungen in der abgelaufenen Legislaturperiode nicht realisieren konnte. Für manche ethnischen Slowaken, die für die SMK votierten, ist sie eine explizit europafreundliche Partei, deren Politiker nicht in Korruptionsaffären verwickelt waren und die mit dem Parteivorsitzenden Bela Bugár eine ausgeglichene und integre Führungsfigur vorweist. Die Ungarnpartei ist weiter fest im ethnisch ungarischen Segment der slowakischen Gesellschaft verankert.

Die SMK konnte die für die im vorwiegend agrarischen Süden des Landes ansässige ungarische Minderheit wichtigen Ressorts Regionalentwicklung und Landwirtschaft übernehmen. Der stellvertretende Regierungschef Pál Csáky wird für europäische Integration und Minderheitenfragen (ohne Roma) zuständig sein. In wichtigen Ministerien ist die SMK durch Staatssekretäre vertreten (Finanzen, Äußeres, Wirtschaft). Bei den Koalitionsverhandlungen konnte sie sich zwar mit einem ihrer Hauptanliegen, der Entschädigung für nach dem Krieg enteignete Ungarn, nicht durchsetzen, trotzte jedoch ihren Partnern Zugeständnisse in anderen Bereichen ab. So soll im Laufe eines Jahres die Gründung einer ungarischen Universität in Angriff genommen werden. Im öffentlichen Fernsehen und Hörfunk sollen ungarischsprachige Redaktionen eingerichtet werden. Sogenannter »herrenloser Boden«, bei dem die Eigentumsverhältnisse ungeklärt sind (häufig ursprünglich ungarischer Besitz), wird nach 2006 in Gemeindeseigentum überführt, dann an natürliche oder juristische Personen verkauft.

Zufriedene Christdemokraten

Die *Christlich-Demokratische Bewegung* (KDH) verfügt mit rund 8% der abgegebenen Stimmen über ein stabiles Wählerfundament. Die Anfang 2000 vollzogene Abspaltung der liberal-konservativen Strömung um Mikuláš Dzurinda führte die KDH zu ihrer weltanschaulichen Ausrichtung aus den frühen 90er Jahren zurück: zum traditio-

nalistischen politischen Katholizismus. Die Hochburgen der KDĽH liegen fast durchweg in den Bastionen des katholischen Glaubens: im Norden der Zentral- und der Ostslowakei. Die KDĽH wird gegenüber dem »westlichen Liberalismus« und einer übermäßigen Abgabe nationaler Souveränität skeptisch eingestellt bleiben und diese Skepsis auch im Zusammenhang mit der europäischen Integration zum Ausdruck bringen. Gleichwohl wird die KDĽH nach wie vor ein zuverlässiger Partner beim Kurs auf EU und NATO sein. Der bisweilen NATO-kritische nationale Flügel (repräsentiert durch Ex-Parteichef Čarnogurský) ist nicht stark genug, um seine Vorbehalte gegen christlich-konservative Pragmatiker (wie den Parteivorsitzenden Hrušovský) oder noch verbliebene moderne Konservative (wie den Chefunterhändler mit der EU, Figel) durchzusetzen.

Pavol Ruskos ANO

Ein Newcomer ist die *Allianz des Neuen Bürgers* (ANO), die erst im April 2001 von dem Medienmogul Pavol Rusko aus der Taufe gehoben wurde. Ähnlich wie Smer (s. u.) ist die ANO eine Art Ein-Personen-Partei. Smer wird aber durch die Ausstrahlungskraft ihrer Führungsfigur getragen, während bei der ANO vor allem die Platzierung in den ihr nahestehenden Medien (insbesondere im Fernsehsender *Markíza*) maßgeblich ist, nicht jedoch die Person des eher »uncharismatischen« Rusko. Anders als Smer, die sich zumindest bis zu den Wahlen ideologisch nicht festlegen wollte, versuchte die ANO frühzeitig, die in der Slowakei nicht besetzte Nische des Liberalismus einzunehmen. Im April 2002 erhielt Ruskos Partei den Status eines assoziierten Mitglieds der europäischen Liberalen (ELDR). Rusko sicherte sich in erster Linie Stimmen von jüngeren Wählern (ANO mit 14% zweitstärkste Partei unter den Erstwählern), Studenten und Unternehmern.

Die ANO wird darauf aus sein, sich einerseits als Partei zu stabilisieren und andererseits als liberale Kraft in der Regierung zu

profilieren. Letzteres dürfte ihr nicht leicht fallen, da auch die SDKÚ von Premier Dzurinda für viele Themen steht, die von der ANO akzentuiert werden. Vieles wird davon abhängen, wie die von der ANO gestellten Regierungsmitglieder die Prioritäten der Partei umsetzen: insbesondere Wirtschaftsminister Nemcsics und Gesundheitsminister Zajac.

Bye, bye Vlado?

Die *Bewegung für eine Demokratische Slowakei* (HZDS) erzielte mit 19,5% der Stimmen das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte (7,5% weniger als 1998), obwohl sie noch immer zahlenmäßig die stärkste Gruppierung ist. Die Anhängerschaft der HZDS schmolz dramatisch ab: Verfügte sie Anfang der 90er Jahre noch über 1,1 Millionen Wähler, beläuft sich diese Zahl jetzt auf nur noch eine halbe Million. Mečiar schwaches Abschneiden dürfte vor allem folgende Gründe haben:

- ▶ Der Abgang des Mečiar-Mitstreiters Gašparovič, der unmittelbar vor den Wahlen eine eigene Partei, die Bewegung für Demokratie (HDZ), gründete und damit eine Spaltung der HZDS herbeiführte.
- ▶ Die neugegründete Smer unter Robert Fico konnte Protestwählerstimmen von der HZDS absaugen. Fast jeder siebte HZDS-Anhänger von 1998 wählte nun Smer.
- ▶ Da eine von Vladimír Mečiar geführte HZDS von allen relevanten politischen Kräften boykottiert wird, sahen offensichtlich viele potentielle Wähler der Partei nur wenig Sinn darin, der HZDS ihre Stimme zu geben.
- ▶ Die unmittelbar vor den Wahlen von den Medien erhobenen Vorwürfe über angebliche Verstrickungen in dubiose Machenschaften konnte Mečiar nicht entkräften.

Die HZDS ist auch nach den Wahlen politisch isoliert, Vladimír Mečiar spielt nicht mehr auf dem politischen Centre Court der Slowakei. Da die HZDS nach der Durststrecke von vier Jahren Oppositions-

Die slowakischen Parlamentsparteien

- ANO** Aliancia nového občana (Allianz des Neuen Bürgers)
- HZDS** Hnutie za demokratické Slovensko (Bewegung für eine Demokratische Slowakei)
- KĽH** Kresťansko-demokratické hnutie (Christlich-Demokratische Bewegung)
- KSS** Komunistická strana Slovenska (Kommunistische Partei der Slowakei)
- SKĽÚ** Slovenská demokratická a kresťanská únia (Slowakische Demokratisch-Christliche Union)
- Smer** Smer (Richtung)
- SMK** Strana maďarskej koalície (Partei der Ungarischen Koalition)

politik eine weitere Periode fernab der Regierungsbänke vor sich hat, geriet Parteichef Mečiar ungewohnt heftig ins Kreuzfeuer innerparteilicher Kritik. Gleichwohl ist es seinen Gegnern nicht gelungen, ihr kurzfristiges Ziel zu erreichen, nämlich die rasche Einberufung eines Sonderparteitags, auf dem der Parteivorsitzende gestürzt werden könnte. Ob sich Mečiar mittelfristig im Vorsitz halten kann, wird vom Abschneiden der HZDS bei den Anfang Dezember anstehenden Kommunalwahlen abhängen.

Enttäuschung bei Smer

Zu den Verlierern gehören auch Robert Fico und seine 1999 gegründete Partei *Smer* (Richtung), lange Zeit in den Umfragen auf einem sicheren zweiten Platz. Ficos Populartät, sein Populismus sowie eine »unideologische« Dritte-Welt-Rhetorik und der Versuch, »neue Gesichter« in die slowakische Politik zu bringen, schienen Gewähr für ein starkes Abschneiden zu sein. Fast alle politischen Beobachter gingen vor den Wahlen davon aus, daß man bei der Regierungsbildung nicht an Smer vorbeikommen werde. Daß eine reformorientierte Koalition ohne sie möglich war, traf Fico hart und wurde mittlerweile auch unumwunden als Mißerfolg eingestanden. Ein Hauptgrund dafür ist in Ficos »offensivem« Politikstil zu sehen: Dieser verhalf ihm zwar zu seinem Aufstieg, doch schreckte das rasante Auftreten des machthungrigen Juristen wohl manchen potentiellen Sympathisanten ab. Zu berücksichtigen ist auch, daß Fico anders als seine Hauptkonkurrenten keine eigene Medienmacht hinter sich wußte.

Smer wird es nicht leichtfallen, ihre Wähler bei der Stange zu halten, handelt es sich doch zu einem hohen Grad um Personen mit wenig ausgeprägten politischen Präferenzen oder parteipolitischen Bindungen. Exemplarisch hierfür stehen die Jung- und Erstwähler, bei denen Smer die beliebteste Partei ist. Das Verhalten der Partei in den Wochen nach den Wahlen deutet darauf hin, daß sie sich vornehmlich als

»harte, aber konstruktive Opposition« darstellen möchte und weiterhin auf die Themen setzt, mit denen sie von Anfang an Politik gemacht hat: unter anderem Kritik an der Privatisierung strategischer Unternehmen, Korruptionsbekämpfung, Klientelismusvorwürfe in Richtung Regierung. Als echte Alternative zur amtierenden Koalition muß sie aber mindestens auf zwei weiteren Feldern Fortschritte machen. Zum einen muß die »zweite Reihe« aus dem Schatten Ficos hervortreten, so daß kompetente Fachleute präsentiert werden können. Andererseits muß sich Smer entscheiden, ob sie sich als »neue Sozialdemokratie« der Slowakei profilieren und in das Vakuum stoßen möchte, das in der linken Mitte entstanden ist. Während Smer-Politiker wie der stellvertretende Parteichef Boris Zala schon lange das linke Profil konturieren und eine Partei bilden wollen, die von »Linken über Sozialdemokraten in der Mitte bis zu Nationalliberalen« reicht, bestehen unter den einflußreichen Sponsoren und Geschäftsleuten aus dem Smer-Umfeld Vorbehalte. Vermutlich wird Fico einen vorsichtigen, aber nach und nach klarer werdenden Kurs in Richtung linke Mitte einschlagen, an dessen Ende die Mitgliedschaft in der Sozialistischen Internationale (SI) stehen wird. Angeblich bemüht sich Smer darum, im nächsten Frühjahr mit Beobachterstatus am Kongreß der Europäischen Sozialisten teilzunehmen.

Erfolg der Kommunisten

Erstmals gelang der *Kommunistischen Partei der Slowakei* (KSS) der Einzug in den Nationalrat. Die KSS, Anfang der 90er Jahre als Sammelbecken der Reformgegner aus der ehemaligen kommunistischen Staatspartei gegründet, erhielt Zuspruch vor allem in der strukturschwachen Ostslowakei und in einigen darbenden Industriebezirken der Zentralslowakei, wo sie auf Stimmenanteile von deutlich mehr als 10% kam. Unterstützt wurden die Kommunisten sehr stark von Rentnern, Arbeitslosen, Personen mit geringer Formalbildung sowie Bewohnern

von Dörfern und Kleinstädten. Dazu kamen ehemalige Sympathisanten der gemäßigten Linken (SDE, SOP).

Im Parlament dürfte die Partei eher als Fundamentalopposition auftreten, um längerfristig im Wettbewerb um Protestwähler bestehen zu können. Überdies wird die KSS wegen ihres programmatischen Hintergrundes kaum in der Lage sein, sich die grundlegenden innen- und außenpolitischen Ziele der Slowakei zu eigen zu machen. Während man nicht (mehr) offen gegen eine EU-Mitgliedschaft opponiert, »war, ist und wird die KSS gegen den Beitritt zur NATO sein«. Gleichzeitig votiert die Partei für die Aufhebung »unsinniger Embargos« etwa gegen den Irak oder Nordkorea. Vor diesem Hintergrund dürfte die KSS zu den dogmatischsten KPs in Ostmitteleuropa gehören.

Parteienlandschaft im Übergang?

Wirft man einen Blick auf den Gesamtzustand der Parteienlandschaft nach den Wahlen, so läßt sich feststellen, daß das politische Koordinatensystem der Slowakei in vielerlei Hinsicht modifiziert worden ist.

Erstmals seit 1990 wurde eine inhaltlich und ideologisch homogene Regierung gebildet, deren Profil mit klassischen Kriterien der politischen Charakterisierung beschrieben werden kann. An die Stelle der ideologisch diffusen Mečiar-Regierungen und der breiten Links-Mitte-Rechts-Koalition der ersten Regierung Dzurinda trat ein kohärentes politisches Bündnis der rechten Mitte. Die Regierungsparteien sind alle mit europäischen Parteiorganisationen liiert (EVP im Falle KDĽ, SMK und SDKÚ; ELDR bei ANO).

Diejenigen Gruppierungen, die als populistisch oder radikal bezeichnet werden können, sind geschwächt. Die HZDS hat ihr schlechtestes Resultat eingefahren; die beiden nationalistischen Parteien (SNS, PSNS) sind nicht ins Parlament gekommen, ebenso die HZDS-Abspaltung HZD.

Im slowakischen Parlament ist keine sozialdemokratische Partei mehr vertreten.

An der Sperrklausel sind sowohl die beiden Mitgliedsparteien in der SI, die Demokratische Linkspartei (SDL) und die Sozialdemokratische Partei der Slowakei (SDSS, deren Vertreter auf den Listen der SDE antraten) gescheitert als auch die SDE-Abspaltung SDA.

Der Anteil der Stimmen, die »unter den Tisch fielen«, stieg auf 18% an. Die verfallenen Stimmen lagen jedoch diesmal vor allem im national-populistischen Bereich und bei der Linken, während die Rechte kaum Federn lassen mußte. Zwei Zahlen veranschaulichen die Effekte: Die im weiteren Sinne populistischen Gruppierungen (HZDS, HZD, SNS, PSNS, KSS) verloren nur geringfügig an Stimmen (2002: 36,1% gegenüber 1998: 38,9%), büßten aber ein Sechstel ihrer Mandate ein (von 57 auf 47). Den Parteien der Regierungskoalition reichten hingegen 42% der Stimmen, um 52% der Sitze zu erlangen. Somit gibt es nach wie vor ein beachtliches Reservoir für eine konfrontative Politik. Es wäre wünschenswert, daß dieses Wählerpotential eine politische Heimat bei konstruktiven und moderaten Parteien findet.

Gegenwärtig befindet sich die politische Landschaft der Slowakei in einer Übergangsphase. Die Polarisierung der 90er Jahre in ein Lager national-populistischer »Nichtstandardparteien« und eine Gruppe demokratischer »Standardparteien« ist durchbrochen. Zwischen den gestärkten »Reformkräften« und den geschwächten Gruppierungen des »Nichtstandardbereichs« hat sich Ficos Smer plaziert. Sofern sich diese programmatisch in Richtung Sozialdemokratie entwickelt, könnte sich die Auseinandersetzung zwischen rechts(zentristischer) Regierung und linkszentristischer Opposition in den Vordergrund des politischen Wettbewerbs schieben. Die Wahlen haben aber auch zum Vorschein gebracht, daß auf der Ebene der Wählerschaft eine Spaltung der slowakischen Gesellschaft existiert: in eine »erste Slowakei«, bestehend aus jüngeren, besser gebildeten, urbanen Nutznießern der Reformen, und in eine »zweite Slowakei«, zu der die

Verlierer des Wandels gehören – Rentner und Arbeitslose, gering Qualifizierte, Bewohner des ländlichen Raums und der östlichen Peripherie.

Außenpolitische Konsequenzen

Trotz der beachtlichen Anstrengungen der ersten Regierung Dzurinda schwebte bis zum 21. September das Damoklesschwert einer eventuellen Rückkehr des impulsiven Demagogen Mečiar über den euroatlantischen Bemühungen Bratislavas – obwohl die HZDS spätestens seit dem Frühsommer 2002 nur geringe Aussichten hatte, wieder Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Der Wahlausgang hat dem Westen eine unangenehme Diskussion darüber erspart, was zu tun gewesen wäre, wenn die HZDS doch in Regierungsnähe gekommen wäre. Hätte ein Nein aus Amerika zum NATO-Beitritt eine Ablehnung der EU präjudiziert? In manchen europäischen Hauptstädten schien man flexibler zu sein als in Washington, aber gleichzeitig wäre zu berücksichtigen gewesen, daß beide Organisationen ihrem Selbstverständnis nach auf dem gleichen Wertefundament ruhen.

Durch den Mißerfolg Mečiar's aber ist die letzte echte Hürde auf dem Weg der Slowakei in EU und NATO überwunden, außen- und sicherheitspolitisch ist somit vor allem Kontinuität angesagt. Der alte und neue Außenminister Kukan umschrieb Ende Oktober den außenpolitischen Dreiklang, der auch für die neugebildete Regierung maßgeblich ist: Beitritt zur EU, Mitgliedschaft in der NATO und gutnachbarschaftliche Beziehungen.

Für den EU-Beitritt hat die Slowakei das Ticket so gut wie in der Tasche. Sie gehört zu den Ländern, mit denen die Beitrittsverhandlungen bis Ende des Jahres beendet sein und die 2004 Mitglieder der Union werden sollen. Weiterhin gilt es aber, diejenigen Mängel zu beseitigen, die seit Jahren angesprochen wurden und auch im letzten Fortschrittsbericht der Kommission wieder erwähnt sind: etwa die Roma-Problematik (die Roma-Minderheit, bis zu 10% der

Bevölkerung, brachte bei den Wahlen keine eigenen politischen Gruppierungen ins Parlament), die eklatante Korruption (vor allem im Gesundheitswesen, im Bildungsbereich, bei Polizei und Justiz), die hohe Arbeitslosigkeit (16,6% im September 2002), das Haushalts- und Außenhandelsdefizit und vieles andere mehr.

Signale aus der neuen Regierungskoalition deuten im großen und ganzen in eine positive Richtung, lassen aber in einigen Bereichen an Deutlichkeit zu wünschen übrig. Unnötig ist die Debatte darüber, ob die Roma-Problematik im Kulturreisort angesiedelt werden soll. Immerhin wird hierdurch und durch neue Vorschläge aus der mit dem Roma-Thematik betrauten ANO das Problem wieder stärker ins öffentliche Bewußtsein gerückt. Merkwürdig mutet es auch an, wenn Dzurinda auf seinem Standpunkt beharrt, man dürfe das Problem der Korruption nicht »überdramatisieren«, gibt es doch in der Führung einiger Ministerien Politiker, die nicht über alle Zweifel erhaben sind. Gleichzeitig wechselt einer der bewährtesten Kämpfer gegen Bestechlichkeit und Amtsmißbrauch, der bisherige Innenminister Šimko, ins Verteidigungsministerium. Zwar wurde der Korruptionsbekämpfung in der Regierungserklärung hohe Priorität zugewiesen, nach Meinung der slowakischen Sektion der NGO Transparency International sind jedoch die avisierten Schritte zu allgemein und werden ohne effektive Koordinierung wirkungslos bleiben.

Grund zu Optimismus besteht hingegen bei der Haushaltskonsolidierung, wo der Wirtschaftsreformer Ivan Mikloš als Finanzminister harte, aber notwendige Schnitte anstrebt. Laut Koalitionsvereinbarung soll das Haushaltsdefizit bis zum Ende der Legislaturperiode so weit gedrückt werden, daß die Slowakei Euro-fähig ist. Aufgrund der politischen Kohärenz der Regierung besteht auch eine reale Chance, schwierige Strukturreformen im Rentensektor und im Gesundheitswesen umzusetzen. Unübersehbar ist insgesamt eine stark marktwirtschaftliche bzw. wirtschaftsliberale Ausrichtung. So will die neue Regierung zum

Beispiel auf eine lineare Einkommenssteuer hinarbeiten. Personen, die »aus subjektiven Gründen« in eine materielle Notlage geraten sind, soll die Sozialhilfe um ein Viertel gekürzt werden.

Nach Abschluß der Verhandlungen mit Brüssel wird man sich auch in der Slowakei auf ein EU-Referendum konzentrieren. Zwar gab es bislang bei allen Volksabstimmungen erhebliche Probleme mit der Wahlbeteiligung, jedoch dürfte die traditionell hohe Zustimmung zum Beitritt (laut Agentur FOCUS lag sie Anfang Oktober bei 73%) dafür sorgen, daß von dieser Seite keine Gefahr droht. Die Europa-Akzeptanz könnte lediglich dann ins Rutschen kommen, wenn die Opposition aus der Abstimmung über den Beitritt ein Plebiszit über die Politik der Regierung machen würde, die in den nächsten Monaten aufgrund von Sparmaßnahmen und Reformen sicherlich an Popularität einbüßen wird.

Auch der NATO-Mitgliedschaft dürfte kein größeres Hindernis mehr im Weg stehen. So will man die Interoperabilität mit den Bündnisstreitkräften voranbringen, am Streitkräftereformkonzept »Modell 2010« festhalten, bis 2006 eine Berufsarmee einführen und die Verteidigungsausgaben auf 2% des BIP ausweiten. Ein neues Moment ist eine gewisse Neuausrichtung des slowakischen Engagements im internationalen Kampf gegen den Terrorismus. So erklärte der neue Verteidigungsminister Šimko, die Slowakei wolle sich künftig nicht nur mit Pioniertruppen beteiligen, sondern werde sich auch »mit besonderem Nachdruck« den von der NATO geplanten schnellen Reaktionskräften widmen.

Was die Nachbarstaaten betrifft, so steht das Verhältnis zu den Visegrád-Ländern im Vordergrund. Die Beziehungen zu Ungarn waren in letzter Zeit durch das von der Regierung Orbán initiierte sogenannte Statusgesetz getrübt, das Angehörigen ungarischer Minderheiten eine Reihe von Privilegien zusichert. Die von Außenminister Kukan als »einzige Wolke am Himmel der Nachbarschaftspolitik« bezeichnete Auseinandersetzung um das Statusgesetz

wird aber mit großer Wahrscheinlichkeit einvernehmlich gelöst werden, zumal auch die mittlerweile in Budapest regierende linksliberale Koalition Verhandlungsbereitschaft signalisiert. Da die Regierung Kovács in Budapest auch in der Frage der Beneš-Dekrete nicht offensiv vorgeht, eine eher eine zurückhaltende Politik zugunsten der Auslandsungarn verfolgt und generell im Verhältnis zu den Nachbarn Konfrontationen aus dem Weg gehen möchte, scheinen die Beziehungen zwischen Bratislava und Budapest wieder in ein ruhigeres Fahrwasser zu geraten.

Mit der Tschechischen Republik sollen die besonderen bilateralen Beziehungen weiter ausgebaut werden, angestrebt wird eine engere Koordination in der Schlußphase der Beitrittsverhandlungen und weitere Prager Unterstützung bei der NATO-Vorbereitung. Um Vorstöße bei den Beneš-Dekreten effektiver abwehren zu können, forderte der Vorsitzende der tschechischen Abgeordnetenkammer, Lubomír Zaorálek, bei seinem Besuch in Bratislava die Slowakei auf, sich auf eine »gemeinsame Interpretation der Dekrete und der Nachkriegsgesetzgebung« zu einigen. Neben EU- und NATO-Mitgliedschaft scheinen die Beneš-Dekrete gegenwärtig der stärkste Motor für die Vertiefung der slowakisch-tschechischen Beziehungen zu sein.

Insgesamt wird also der außenpolitische Kurs des Landes beibehalten. Leichte Akzentverlagerungen könnten sich daraus ergeben, daß die bisher in der Regierung vertretenen Parteien der linken Mitte fehlen. Insbesondere aus der SDE (vor allem von der Parteibasis) kamen bei verschiedenen Gelegenheiten NATO-kritische Äußerungen. Überdies wurde eine als zu konzilient aufgefaßte Politik gegenüber der ungarischen Minderheit abgelehnt. Solche Stimmen werden in der Regierungskoalition künftig fehlen (und nur vereinzelt aus der KDH zu hören sein).

Wahrscheinlich wird sich die slowakische Außenpolitik, vor allem wenn die Grundsatzentscheidungen über EU- und NATO-Beitritt gefallen sind, stärker als bislang in Fragen der transatlantischen Bezie-

hungen positionieren und eher pro-amerikanische Standpunkte vertreten. In einem Interview für die Wochenzeitung *Domino fórum* erklärte Außenminister Kukan, die Slowakei werde sich im Falle einer amerikanischen Intervention im Irak wie ein »Verbündeter der USA« verhalten. Die Visegrád-Gruppe könnte nach Kukans Auffassung in eine Entität umgewandelt werden, »die bestimmte Exzesse Westeuropas ausgleicht, mit denen man übertrieben die Rivalität oder das Bedürfnis nach europäischer Unabhängigkeit [von Amerika] betont.«

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2002
Alle Rechte vorbehalten

SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

»Dzurinda 2«:

Perspektiven und Chancen

Die erste Regierung von Mikuláš Dzurinda hatte die Aufgabe, die in der Mečiar-Ära verursachten Flurschäden zu beseitigen: demokratischen Spielregeln und Rechtsstaatlichkeit wieder Geltung zu verschaffen, das Land aus dem internationalen Abseits herauszuholen und sich in die Erweiterungsprozesse von Europäischer Union und Nordatlantikpakt einzuklinken. »Dzurinda 2« steht vor der Herausforderung, die Aufnahme des Landes in EU und NATO unter Dach und Fach zu bringen und die sozial-ökonomischen Reformen soweit voranzutreiben, daß die langsame, aber stetige Angleichung an europäische Standards eine realistische Perspektive für die slowakische Gesellschaft darstellt.

Nach einem unlängst vom Institut für öffentliche Angelegenheiten (IVO) aus Bratislava präsentierten Bericht über die Entwicklungsaussichten bis zum Jahr 2020 soll die Slowakei in knapp zwei Jahrzehnten 75% des BIP-Durchschnitts pro Kopf der heutigen Europäischen Union aufweisen und somit einen wichtigen Grenzwert der Konkurrenzfähigkeit und Migrationsneigung erreicht haben. Werden Wirtschafts- und Strukturreformen mit dem Schwung angepackt, den die Regierung in den ersten Wochen an den Tag legte, könnte die Slowakei sich unter Umständen in einigen Jahren zu einem reformpolitischen

Musterland mausern und dieses optimistische Szenario wahrscheinlicher werden lassen. »Dzurinda 2« muß hierfür an vielen Fronten kämpfen: Klientelistische Machenschaften sind zu unterbinden. Die nationalen Minderheiten (insgesamt ein Fünftel der Bevölkerung) müssen integriert, Strukturdivergenzen zwischen den Landesteilen durch eine auf EU-Mitteln basierende Regionalpolitik reduziert werden. Der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft muß hergestellt werden.

Vermag die Regierung Dzurinda die wirtschafts-, gesellschafts- und außenpolitischen Schlüsselprobleme erfolgreich anzugehen und »europäisiert« sich die innen- und parteipolitische Walstatt, können die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß sich die Slowakei als stabiler Partner in Mitteleuropa in Zukunft in wichtige Vorhaben der EU einschaltet: etwa in den Energiedialog EU-Rußland als ein Land, durch das 70% der russischen Erdgasexporte nach Westeuropa strömen und über dessen Territorium bedeutsame Transitrouten für russisches Erdöl laufen, oder als direkter Nachbar der Ukraine in die Diskussion um die Ausgestaltung der künftigen EU »Ostpolitik« und generell in die Debatte, welche Form und Rolle die Zusammenarbeit der Visegrád-Staaten annehmen soll.

Besetzung der Schlüsselressorts

Mikuláš DZURINDA, Premierminister, *SDKÚ*
Pál CSÁKY, stv. Regierungschef für europäische Integration, Menschenrechte und Minderheiten, *SMK*
Ivan MIKLOŠ, stv. Regierungschef und Finanzminister, *SDKÚ*
Daniel LIPŠIC, stv. Regierungschef und Justizminister, *KDH*
Robert NEMCSICS, stellv. Regierungschef und Wirtschaftsminister, *ANO*
Eduard KUKAN, Außenminister, *SDKÚ*
Vladimír PALKO, Innenminister, *KDH*
Ivan ŠIMKO, Verteidigungsminister, *SDKÚ*
Zsolt SIMON, Landwirtschaftsminister, *SMK*